

Proteste im Iran spitzen sich zu

Bei den andauernden regimiekritischen Protesten im Iran sind Medienberichten zufolge 41 Menschen getötet worden. Das meldete der iranische Staatssender IRIB am Sonntag, eine offizielle Bestätigung lag aber nicht vor. Die Proteste, die durch den Tod einer jungen Frau ausgelöst worden waren, gingen demnach auch in der Nacht weiter. In den sozialen Medien wurden Videos geteilt, die Proteste in der Hauptstadt Teheran und anderen Teilen des Landes zeigten. Die Aufnahmen konnten nicht verifiziert werden. Laut Augenzeugen in Teheran nimmt unterdessen die Gewaltbereitschaft sowohl vonseiten der Sicherheitskräfte als auch unter den Demonstranten stark zu. Sicherheitskräfte würden immer aggressiver und es seien vermehrt Schüsse zu hören, hieß es. Unter den Demonstranten gingen vor allem jüngere aggressiv vor. Sie zerstörten öffentliche Einrichtungen, setzten Autos und Mülleimer in Brand und verprügelten Polizisten.

TEXT: DPA/FOTO: EUROKINISSI/IMAGO



Regierungsparteien behaupten sich

Wahlen in Tschechien beendet

Prag. Bei den Kommunalwahlen in Tschechien haben sich die liberalen und konservativen Regierungsparteien überraschend gut behaupten können. Das Wahlbündnis Spolu (Gemeinsam) von Tschechiens Ministerpräsident Petr Fiala wurde in Prag, Brünn (Brno), Pilsen (Plzen) und Budweis (České Budějovice) stärkste Kraft und könnte dort künftig die Bürgermeister stellen, wie am Sonntag aus dem vorläufigen Endergebnis der nationalen Statistikbehörde CSU in Prag hervorging.

Die populistische ANO-Partei des Milliardärs und Ex-Ministerpräsidenten Andrej Babis war in acht größeren Oberzentren erfolgreich, darunter in Karlsbad (Karlovy Vary), Ústí nad Labem (Aussig), Ostrava und Olomouc. Babis hatte die Wahlen zu einem „Referendum über die Regierung“ erklärt. Landesweit gesehen waren die unabhängigen Kandidaten am erfolgreichsten. Unter den Parteien schickten die Christdemokraten (KDU-ČSL) von Arbeitsminister Marian Jurečka die meisten Vertreter in die Gemeinderäte.

Energiepreisdeckel nach Protesten

Ein zentrales Thema im Wahlkampf waren die hohen Energiepreise, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nochmals gestiegen sind. Anfang September waren rund 70.000 Menschen in Prag aus Protest gegen die Politik der Regierung auf die Straße gegangen. Das Kabinett reagierte auf die Proteste mit einem Strom- und Gaspreisdeckel.

Entschieden wurde bei den zweitägigen Wahlen über die Zusammensetzung der mehr als 6000 Stadt- und Gemeinderäte in dem EU- und Nato-Mitgliedstaat. Die tschechischen Bürgerinnen und Bürger konnten ihre Stimme am Freitag und am Sonntag abgeben. Die Wahlbeteiligung fiel mit 45,3 Prozent dennoch eher schwach aus. Gleichzeitig wurden in einem Drittel der 81 Wahlkreise die Sitze für den Senat, das Oberhaus des Parlaments, neu bestimmt. Die zweite Runde der Senatswahl folgt in einer Woche.

DPA

SOMALIA

Türkei liefert Drohnen für Gefechte mit Islamisten

Mogadischu. Somalia bekommt bei seiner Offensive gegen die islamistische Terrormiliz Al-Shabaab Unterstützung aus der Türkei. Wie der somalische Innenminister Ahmed Fiqi am Sonntag mitteilte, habe das Land mehrere Drohnen des Typs Bayraktar TB2 in das Land am Horn von Afrika geliefert. Die Bayraktar-Drohne wird auch von der ukrainischen Armee im Kampf gegen Russland eingesetzt. Die Türkei ist neben den USA einer der wichtigsten Unterstützer des somalischen Militärs. So wurden in der Türkei etwa somalische Soldaten für Anti-Terrorinsätze ausgebildet. Fiqi vermeldete außerdem weitere Gebietsgewinne gegen Al-Shabaab „an verschiedenen Fronten“.

DPA

KUBA

Bürger sollen über Ehe für alle entscheiden

Havanna. In Kuba haben die Wahllokale für eine seltene Übung in Demokratie geöffnet. Die Bürger des sozialistischen Karibikstaats können über ein Familiengesetz abstimmen, das gleichgeschlechtlichen Paaren unter anderem Ehe und Adoption erlauben würde. Gut acht Millionen Kubaner ab 16 Jahren durften in mehr als 23.000 Wahllokalen ihre Stimmen abgeben. Sollte auf der Mehrheit der abgegebenen Wahlzettel „ja“ angekreuzt sein, würden die Gesetzesänderungen in Kraft treten. In Kuba, wo nur die Kommunistische Partei erlaubt ist, haben die Bürger nur selten eine solche Gelegenheit zur Mitbestimmung.

DPA

JAPANISCHES MEER

Seoul: Nordkorea feuert erneut Rakete ab

Seoul. Nordkorea hat nach Angaben des südkoreanischen Militärs am Sonntag erneut eine ballistische Rakete in Richtung offenes Meer abgeschossen. Das berichtete die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap. Die Rakete sei in Richtung des Japanischen Meers (Ostmeer) geflogen. Am Freitag hatte der Flugzeugträger „USS Ronald Reagan“ in der südkoreanischen Küstenstadt Busan angelegt, um an einem Seemanöver beider Länder vor der koreanischen Halbinsel teilzunehmen. Das Manöver soll auch als Abschreckung gegen Nordkorea dienen. UN-Resolutionen untersagen Nordkorea die Erprobung von ballistischen Raketen, die einen Atomsprenkopf befördern können.

DPA

Selenskyj appelliert an Moskaus Kämpfer

Ukrainischer Präsident ruft russische Soldaten zur Fahnenflucht auf – Scheinreferenden laufen weiter

VON SEBASTIAN KUNIGKEIT, ULF MAUDER UND HANNAH WAGNER

Moskau/Kiew. Die von Kremlchef Wladimir Putin angeordnete Teilmobilisierung im Angriffskrieg gegen die Ukraine sorgt für weiteren Ärger und neue Proteste in Russland. In der Teilrepublik Dagestan im Kaukasus gingen Polizisten nach Angaben von Bürgerrechtlern mit Warnschüssen gegen Demonstranten vor. Am Sonntagabend wurden bei Protesten in über 30 russischen Städten mehr als 780 Menschen festgenommen, wie die unabhängige Organisation OVD-Info berichtete. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte Moskaus Kämpfer zum Aufgeben auf. Es sei besser, die Einberufung abzulehnen, als auf fremder Erde als Kriegsverbrecher zu sterben.

Putin will rund 300.000 Reservisten einziehen lassen, um nach Niederlagen der russischen Armee in der Ukraine die dort noch besetzten Gebiete zu halten. Er hatte am Mittwoch eine Teilmobilisierung angeordnet, was bei vielen Russen Panik auslöste.

Rundumschlag gegen den Westen

Moskaus Außenminister Sergej Lawrow nutzte die Generaldebatte der UN-Vollversammlung in New York für einen zornigen Rundumschlag gegen den Westen. In den russisch besetzten Gebieten im Osten und Süden der Ukraine zogen die Besatzer die Scheinreferenden über einen Beitritt der Regionen zu Russland weiter durch.

Nach Angaben von OVD-Info wurden seit Mittwoch fast 2100 Menschen bei Protesten gegen die Teilmobilisierung festgenommen. Die russische Polizei ging am Sonntag teils brutal gegen Teilnehmer der von den Behörden verbotenen Anti-Kriegs-Proteste vor. Aus St. Petersburg wurden in sozialen Netzwerken Videos veröffentlicht, die zeigten, wie Männer in Kampfuniform und mit Helm auf Demonstranten einknuppelten. OVD-Info berichtete unter Berufung auf Augenzeugen, dass die Sicherheitskräfte Elektroschocker eingesetzt hätten.

Im Dorf Endirej in Dagestan blockierten Anwohner eine Straße, um so die von Russland Präsident Wladimir Putin angeordnete Teilmobilisierung zu behindern, wie OVD-Info am Sonntag mitteilte. Auf Videos ist zu

sehen, wie Polizisten Gewehre in die Luft richten, dann sind Schüsse zu hören. Laut dagestanischen Medien war der Protest eine Reaktion darauf, dass aus dem Dorf 110 Männer in den Krieg gegen die Ukraine gezwungen wurden.

Selenskyj bot an, dass sich russische Soldaten freiwillig in Kriegsgefangenschaft begeben könnten. Dort würden sie zivilisiert behandelt, sagte er in seiner am Sonntagabend veröffentlichten Videobotschaft. Der Staatschef wandte sich damit schon zum zweiten Mal in dieser Woche auf Russisch an die Nachbarn – gegen die „verbrecherische Mobilisierung“. Mit Blick auf hohe Strafen für Fahnenflüchtige in Russland, die Kremlchef Wladimir Putin am Sonntag in Kraft setzte, sagte Selenskyj, dass niemand erfah-

ren werde, unter welchen Umständen die Soldaten aufgeben.

Russlands Chefdiplomat Lawrow wies Kritik am Krieg gegen die Ukraine und an den Scheinreferenden zurück. Er warf dem Westen in New York vor, die Welt spalten und sein Land zerstören zu wollen. Mit Blick auf die USA, die EU und ihre Verbündeten sagte er am Sonntagabend: „Es ist ihnen nicht mal mehr peinlich, offen zu erklären, dass es nicht nur die Absicht gibt, unserem Land eine militärische Niederlage zuzufügen, sondern Russland zu zerstören, zu zerstückeln.“

Aus „Sonderoperation“ wird „Konflikt“

Einmal mehr kritisierte Lawrow auch westliche Waffenlieferungen an die angegriffene Ukraine. Die USA, die Nato und die EU könnten vor diesem Hintergrund nicht behaupten, an dem „Konflikt“ unbeteiligt zu sein. Bei einer Pressekonferenz im Anschluss machte er deutlich: „Das gesamte Gebiet der Russischen Föderation, das in der russischen Verfassung festgelegt ist und noch zusätzlich festgelegt werden kann, steht auf jeden Fall unter dem vollen Schutz des Staates.“ Seit Freitag wird in den vier russisch besetzten Gebieten Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischschja in Scheinreferenden über einen Beitritt zu Russland abgestimmt. Die international als Bruch des Völkerrechts kritisierten Abstimmungen sind noch bis Dienstag angesetzt. Erwartet wird, dass Putin die Gebiete schon am Freitag in die Russische Föderation aufnehmen könnte.

DPA

Serbien verweigert Anerkennung von Pseudo-Abstimmungen

Trotz der guten Beziehungen Serbiens zu Moskau wird die Regierung in Belgrad die Ergebnisse der Scheinreferenden in den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine nicht anerkennen. Das sagte Serbiens Außenminister Nikola Selakovic am Sonntag bei einer Pressekonferenz, wie serbische Medien berichteten. Eine Anerkennung dieser Scheinreferenden „würde völlig gegen unsere nationalen und staatlichen Interessen, die Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität und die Unverletzlichkeit der Grenzen verstoßen“, sagte der Minister. Selakovic bezog sich damit auf die aus Belgrader Sicht vorliegende Parallele zwi-

sehen Russlands Angriff auf die Ukraine und dem Kosovo-Problem. Darauf hatte auch Serbiens Präsident Aleksandar Vucic zuletzt bei der UN-Vollversammlung in New York hingewiesen: „Was ist der Unterschied zwischen der (Souveränität) der Ukraine und der Serbiens? Die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens wurden grob verletzt und das haben Sie, oder zumindest einige von Ihnen, legitimiert und international anerkannt“, sagte Vucic. Die ehemalige serbische Provinz Kosovo hatte 2008 ihre Unabhängigkeit erklärt. Diese wird von Serbien nicht anerkannt, wohl aber von den meisten anderen Staaten.

DPA

Frauen müssen länger arbeiten

Schweizer stimmen für höheres Renteneintrittsalter

VON MATTHIAS RÖDER

Bern. Die Schweizer haben einer Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen von 64 auf 65 Jahre knapp zugestimmt. Bei der Volksabstimmung am Sonntag votierten dem vorläufigen amtlichen Ergebnis zufolge 51 Prozent der Wähler für die Initiative zur Stabilisierung der Rentenkasse. Für ausreichende Mittel in der Rentenkasse soll auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 7,7 auf 8,1 Prozent sorgen. Dafür stimmten 56 Prozent. Bei der Abstimmung wurden die

Bürger auch zu einem Ende der Massentierhaltung befragt. 63 Prozent lehnten dies ab.

Die Erhöhung des Rentenalters soll die Rentenkasse zumindest für die nächsten zehn Jahre stabilisieren. Linke und Gewerkschaften lehnten dies ab. Zuerst müsse sichergestellt werden, dass Frauen genauso viel verdienen wie Männer, hieß es. Der Schritt soll mit Ausgleichsmaßnahmen abgedeckt werden: Tritt die Reform wie geplant 2024 in Kraft, werden sich Frauen der Jahrgänge 1961 bis 1969 zu besseren Bedingungen vorzeitig pensionieren lassen können oder einen Zuschlag erhalten, wenn sie bis 65 arbeiten.

Tierwohl-Initiative scheitert

Die Gegner der Initiative gegen Massentierhaltung reagierten erleichtert auf das deutliche Nein der Bevölkerung. Die Landwirtschaft sei in der Schweiz stärker reguliert als der Energiesektor, sagte Mike Egger, Abgeordneter der Schweizerischen Volkspartei (SVP), im Schweizer Radio. Die Regierung hatte darauf hingewiesen, dass die Initiative ihre strengen Standards auch auf Importe angewendet wissen wollte, was aber Handelsverträge verletzen würde. Außerdem würden die Fleischpreise steigen.

Konservative ÖVP stürzt ab

Hochrechnung zeigt historisches Tief bei Landtagswahl in Tirol

VON MATTHIAS RÖDER

Innsbruck. Im Nachbarland Österreich hat die konservative ÖVP bei der Landtagswahl in Tirol ein Debakel erlebt. Die Partei von Kanzler Karl Nehammer stürzte laut Hochrechnungen im Vergleich zur letzten Wahl 2018 um rund zehn Prozentpunkte auf ein historisches Tief von 34,5 Prozent.

Ihr bisher schlechtestes Ergebnis in Tirol lag bei 39,3 Prozent. Die sozialdemokratische SPÖ und die rechte FPÖ verzeichneten Stimmengewinne und können den Wahl-Exper-

ten zufolge mit jeweils rund 19 Prozent rechnen.

Die liberalen Neos sehen die Hochrechnungen bei rund sechs Prozent, die Liste Fritz bei zehn Prozent. Die Grünen, aktuell Koalitionspartner der ÖVP, kommen nach diesen Angaben auf rund acht Prozent.

Wenig bekannt, kein Amtsbonus

ÖVP-Spitzenkandidat Anton Mattle hatte im Wahlkampf eine Koalition mit der FPÖ ausgeschlossen. Der 59-jährige Wirtschaftsminister des Bundeslands hatte mit einem eher geringen Bekanntheitsgrad zu kämpfen. Der langjährige Ministerpräsident Günther Platter hat seinen Posten erst mit der Wahl abgegeben. Dadurch fehlte Mattle ein etwaiger Amtsbonus.

Die ÖVP in Tirol spürte auch bundespolitisch Gegenwind. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Korruptionsvorwürfen gegen ehemalige ÖVP-Spitzenpolitiker trübten das Image der Partei.

Die ÖVP stellt in Tirol seit 77 Jahren den Ministerpräsidenten. Die Landtagswahl in Tirol ist Auftakt einer Wahlserie in Österreich. Am 9. Oktober wird der Bundespräsident gewählt. 2023 folgen drei weitere Landtagswahlen.



ÖVP-Spitzenkandidat Anton Mattle war Wirtschaftsminister in Tirol. FOTO: SCHLAGER/DPA



Auf dem T-Shirt einer Frau steht „Finger weg von meiner Rente!“ FOTO: KLAUNZER/DPA